

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 846 pbpb d



## Inhalt

Horst Peter MdB warnt vor  
„preußisch-deutscher Tradition“ beim Bundesgrenzschutz. Seite 1

Liesel Hartenstein MdB fordert, bleifreies Benzin massiv zu verbilligen: Der Wald stirbt weiter. Seite 4

### Dokumentation:

Die Erwartungen der Sozialistischen Frauen Internationale an die UNO-Konferenz in Nairobi. Seite 5

40. Jahrgang / 136 / 22. Juli 1985

### In „preußisch-deutscher“ Tradition

Wie sich ein hoher Ex-Polizei-Offizier den Bundesgrenzschutz wünscht

Von Horst Peter MdB

Die sozialliberale Regierung bildete den Bundesgrenzschutz (BGS) in eine bürgernahe und zivile Bundespolizei um. Der BGS wurde soweit wie möglich den zivilen Landespolizeien angeglichen. Auch dies will die konservative Bundesregierung zurückwenden. Diese Absicht trifft sich mit den Wünschen einiger weniger im Offizierkorps des BGS, die diesen gern als „Polizeitruppe“ sähen. Besorgt zeigt sich auch die Gewerkschaft der Polizei über diese Rückwärtsentwicklung. So kritisiert sie die Einführung des Barettts, „das schon immer Kennzeichen militärischer Eliteeinheiten war“. Ersatz wurde damit geschaffen für den Verlust der militärischen Dienstgrade.

Bundesinnenminister Zimmermann steht an der Spitze des Zugs nach Rückwärts. Er, dem es sonst an Durchsetzungskraft fehlt, der aber gerne ein Zackiger sein möchte, wünscht sich in seinem Amtsbereich eine schimmernde Wehr, die ihm wohl die Demonstration der Stärke ermöglichen soll. Er verordnet dem BGS militärischen Pomp. Für die Umrahmung des Wechsels im Amte des Inspektors des BGS ordnete Zimmermann den Großen Zapfenstreich an. In 100 Ausbildungsstunden mußten Polizisten „Griffe kloppen“ üben, Wachen mit Stahlhelm und Karabiner standen stramm, Ordonnanzen in weißen Kellnerjacken servierten.

Obwohl Zimmermann noch dementiert, bildet er den BGS in eine Polizeitruppe um, die in ihrem „verbandsmäßig organisierten Teil eher eine Tangente zum Militär als zu einem Polizeirevier oder einer Funkstreife“ (Zimmermann) hat. „Er hat dem Bundesgrenzschutz ein Stück seines Selbst wiedergegeben“, jubilierte die Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes. Wie dieses „Selbst“ bei einigen Offizieren beschaffen ist, wem Zimmermann damit den Rücken stärkt, welche Lawine er damit lostritt, dokumentiert in erschreckender Weise die Reaktion des pensionierten GSG-Offiziers Günter Förster auf Günter Tietjens kritische Fragen zum Rahmen des Inspektorswechsels im Bundestag. Förster sähe Verhältnisse lieber, in denen kritische Fragesteller im Zuchthaus landen. Er will die „preußisch-deutsche“ Tradition als Vorbild für den BGS wahren.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
on recycled paper  
Recycling Paper



Damals verfuhr man nach dem Reim: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“: Anlässlich der für den 21. Januar 1906 angekündigten Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen erließ der Oberkommandierende in den Marken folgenden Tagesbefehl: „...sollten Barrikaden entstehen, so sind sie durch Granaten zu beschießen, bevor Infanterie sie bestürmt.“ Förster wünscht sich den BGS in der Traditionslinie der „reaktionären“ Reichswehr der Weimarer Zeit“. Die ließ sich trefflich gegen rebellierende kommunistische und andere Arbeiter einsetzen und exekutierte 1923 in Thüringen und Sachsen legale sozialdemokratische Landesregierungen aus dem Amt; Kapp, Hitler und die bayerische Landesregierung ließ diese Reichswehr gewähren, kooperierte aktiv mit umstürzlerischen Bestrebungen von rechts, stützte und betrieb rechtswidrige Maßnahmen, ließ sich widerspruchlos in den faschistischen Machtapparat einfügen.

Diese Tradition gehört für Förster zur „Truppe“ wie das „Salz zur Suppe“.

Nun könnte schon einmal gefragt werden, ob der Herr BGS-Offizier im Ruhestand nicht die auch für Ruhestandsbeamte vom Gesetz vorgeschriebene Zurückhaltung und Mäßigung verletzt. Mit diesen Vorschriften drangsalierte die Bundeswehrführung den General a.D. Bastian. Hier ist einmal mehr Bundesinnenminister Zimmermann gefordert.

Nicht nur Försters Traditionsverständnis ist bedenklich, seine Beschimpfung eines freigewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages unappetitlich; die Vorstellungen, die er vom Parlament, dessen Rechte und Pflichten, von der Ausübung des freien Mandates und der Kontrollaufgaben des Abgeordneten und im Gegenzug vom Umgang mit in seinen Augen unbotmäßigen Abgeordneten hat, stehen außerhalb des Verständnisses des Grundgesetzes. Aus der „preußisch-deutschen Tradition“ kennen wir diesen Umgang mit Parlamenten und Abgeordneten: die Nationalversammlung 1848/49 wurde mit Soldaten auseinandergelagt, der unbotmäßige Abgeordnete Blum standrechtlich erschossen.

Auch Försters Berufsverständnis läßt zu wünschen übrig. Eine selbstbewußte, demokratische Polizei hat das Grundgesetz zu verteidigen, sie soll nicht als Verteidigerin preußischer Tugenden auftreten. Die Verehrer, Bewahrer und Verteidiger preußischer Tugenden haben Deutschland mehrmals in den Abgrund geführt.

Die Auseinandersetzung mit den Gegnern des Grundgesetzes ist nach unter aller Auffassung zuallererst eine geistige Auseinandersetzung. Daraus ergibt sich die Überlegenheit der Demokratie. Erst an zweiter Stelle, im Ausnahmefall, ist es eine polizeiliche Aufgabe. Daß es an beidem oft fehlt, wie die Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit und faschistischen Bestrebungen zeigt, ist eine andere Sache.



Förster denkt jedoch in den Kategorien des Ausnahmezustandes in Permanenz. Für ihn ist der Ausnahmefall der Regelfall. Dieses Denken kennen wir aus der preußischen Tradition, Umsturzvorlagen weisen auf das Spielen mit dem Staatsstreich von oben hin, und aus Südamerika. Dort walzen die Militärs regelmäßig mit dem Verweis auf die Gefährdung der „nationalen Sicherheit“ die Demokratie nieder.

Förster denkt in den Kategorien derjenigen, die vorgeben „die freiheitliche Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schützen zu wollen“ (Herbert Wehner). Nur ein Staat „mit kontingenter Halbfreiheit“ muß ständig die „Panzerfaust“ herzeigen, eine militärische Polizeitruppe bereithalten. Dies ist aber nicht der Staat des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Die Äußerungen Försters wurden der Öffentlichkeit zeitgleich bekannt mit der Erklärung der neuen sozialdemokratischen saarländischen Landesregierung, den sogenannten Radikalenerlaß nicht mehr anwenden zu wollen. Es gibt viele Gründe, die gegen den Radikalenerlaß sprechen. Die Äußerungen Försters, der sich wahrscheinlich als staatsstreuer Beamter sieht, und Innenminister Zimmermann wird es ebenfalls so sehen, zeigen die eigentliche Schwäche der Berufsverbotspolitik. Ein autoritäres Polizei-Staatsverständnis, das viele, die den Radikalenerlaß befürworteten, teilen, wird vom Radikalenerlaß nicht erfaßt, da in diesem Fall „Verfassungstreue“ unterstellt wird. (-/22.7.1985/va/hü)

+ + +



**Der Wald stirbt weiter**

**Bleifreies Benzin massiv verbilligen**

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Auch Nicht-Katalysatorwagen sind heute nach Aussage von Fachleuten schon in der Lage, bleifreies Benzin zu verwenden. Das gilt für etwa 75 Prozent des gesamten Pkw-Bestandes. Nur bei jeder dritten Tankfüllung müßte auf verbleites Benzin zurückgegriffen werden.

Auf dem Hintergrund neuester Forschungsergebnisse des Max-Planck-Instituts Heidelberg gewinnt die Forderung nach massiver Verbilligung des bleifreien Benzins höchste Aktualität. Untersuchungen haben ergeben, daß nicht allein die Stickoxyde aus den Auspuffgasen den Wald schädigen, sondern auch das Tetraäthylblei selbst, das als Antiklopfmittel dem Benzin zugesetzt wird. Es wandelt sich nach dem Austreten aus dem Auspuff zu dem hochgiftigen Triäthylblei um, das den Oberflächenfilm der Blätter und Nadeln zerstört und damit den anderen Schadstoffen Zutritt in das Zellgewebe verschafft. Verätzung und Vertrocknung sind die unausbleiblichen Folgen, sichtbar an der Vergilbung und Braunfärbung der Bäume.

Nach der Katalysatorschlappe von Luxemburg ist jede Hoffnung zerstoßen, daß die Belastung der Luft mit Stickoxyden rasch verringert wird. Im Gegenteil, die giftigen Auspuffgase aus den Kraftfahrzeugen werden weiter ansteigen in den nächsten Jahren, schon wegen der Zunahme des Verkehrs. Das magere Ergebnis: nur Wagen mit einem Hubraum über zwei Liter müssen den Dreiwegkatalysator einbauen, und dies erst ab 1988. Damit werden nur 15 Prozent des Pkw-Bestandes erfaßt, 85 Prozent können weiter ohne Katalysator fahren. Die Niederlage der Zimmermann'schen Umweltpolitik ist perfekt.

Ein stimmiger Hebel, um das Umweltauto dennoch auf die Straße zu bringen, sind durchgreifende nationale Maßnahmen. Dazu gehören in erster Linie:

- eine kräftige Senkung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um mindestens fünf bis sieben Pfennig;
- ein Verbot von bleihaltigem Normalbenzin ab 1.1.1986
- direkte Kaufhilfen für Katalysatorwagen mit 90prozentiger Abgasentgiftung, um den Mehrpreis auszugleichen;
- die Einführung eines Tempolimits.

Gegenwärtig entfallen ganze 0,6 Prozent des Benzinverkaufs auf unverbleites Benzin. Und dies, obwohl die Mineralölindustrie in der Lage wäre, bleifreies Benzin in jeder Menge und Qualität zu liefern. Die Bundesregierung geht den falschen Weg; indem sie über die Kraftfahrzeugsteuer eine schlechtere Technik, die nur 50 Prozent Abgasentgiftung bringt, subventioniert und den umweltbewußten Autofahrer bestraft. Jeder Monat, der ungenutzt verstreicht, um die Luftbelastung zu verringern, führt zu milliardenschweren Schäden in den Wäldern und der Holzwirtschaft, bei der Wasserversorgung und im Fremdenverkehr. Wo die Politik so kläglich versagt, können die Betroffenen nicht die Hände in den Schoß legen. Der Aufstand für den Wald wird kommen.  
(-/22.7.1985/hü/fr)

\* \* \*



## DOKUMENTATION

---

### Perspektiven für die Frauen bis ins Jahr 2.000

---

Die Erwartungen der Sozialistischen Frauen Internationale an die UNO-Konferenz in Nairobi

Christa Randzio-Plath, Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Frauen (AsF) und Vizepräsidentin der Sozialistischen Frauen Internationale (SIW) hat auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi die Forderungen der SIW vorgetragen. Wir dokumentieren ihre Ausführungen im Wortlaut.

„Die Sozialistische Frauen Internationale erwartet von der Weltfrauenkonferenz in Nairobi einen Rückblick auf die Leistungen und eine Einschätzung der Erfolge, die die UN-Dekade für die Frauen gebracht hat. Die SIW richtet den folgenden Appell an die an der Konferenz beteiligten Staaten:

Die Frauendekade der Vereinten Nationen hat die Aufmerksamkeit auf die spezifischen Probleme von Frauen auf der ganzen Welt gerichtet und die dringende Notwendigkeit für nationale und internationale Politik zugunsten der Bedürfnisse, Forderungen und Erwartungen von Frauen hervorgehoben.

Trotz aller Anstrengungen zur Verbesserung des rechtlichen Status der Frauen führte die ökonomische Krise während der Frauendekade zu einer Verschlechterung der aktuellen Lage der Frauen und drängte viele in die absolute Armut.

Gerade jetzt ist es wichtig für die Frauen, in finanzielle, ökonomische und politische Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden, um ihnen die weitere Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen und die Entwicklung zur Gleichheit voranzutreiben.

Der SIW-Katalog enthält unter anderem die folgenden konkreten Forderungen:

- Tatsächliche Anstrengungen in Richtung auf die Verwirklichung einer neuen internationalen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturordnung und einen Weltbeschäftigungsplan.
- Als eine lebenswichtige vertrauensbildende Maßnahme, die die Möglichkeiten für eine neue Weltwirtschaftsordnung und einen Weltbeschäftigungsplan unterstützt, sollte eine deutliche und demokratisch kontrollierte Reduzierung der nationalen Militärausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe erfolgen.

- Jede direkte oder indirekte fremde Intervention oder jeder ökonomische Druck muß klar abgelehnt werden. Nur unter dieser Bedingung kann ein Land eine demokratischen Entwicklung vollziehen, die den Frauen ihren gerechten Platz einräumt.
  
- Wir fordern die Abschaffung aller Formen der Diskriminierung und Unterdrückung, des Sexismus, des Rassismus und insbesondere des Apartheidsystems.
  
- Die ökonomische Krise und die wachsende Armut stoßen Frauen in eine Situation der sich verschlimmernden Ausbeutung durch multinationale Konzerne. Offene und verdeckte Formen weiblicher Sklaverei und Prostitution sollten unter Androhung strengster Strafen verboten werden.
  
- Die Verwirklichung der Menschenrechte ist abhängig von der Existenz eines öffentlichen Wohlfahrtsystems. Diese soziale Absicherung muß da, wo sie bereits existiert, verteidigt und erweitert werden und auf diejenigen Länder ausgedehnt werden, die bis jetzt nicht über entsprechende Sicherungsmaßnahmen verfügen.
  
- Es ist Ziel dieser Konferenz, Perspektiven für die Frauen bis ins Jahr Zweitausend zu erarbeiten. Die Sozialistische Frauen Internationale fordert spezielle Programme und Mittel der Vereinten Nationen und der Mitgliedsstaaten der UN für die ärmeren Frauen auf der ganzen Welt und insbesondere für Frauen in den ländlichen Gebieten. (~/22.7.1985/va/hü)

+ + +